



Budgetvollzug Jänner bis Oktober 2025

Analyse

Grundlage für die Analyse ist folgendes Dokument:

- ♦ Monatserfolg Oktober 2025 sowie Berichte gemäß § 3 Abs. 4 COVID-19-Fondsgesetz und gemäß der EntschlieÙung 275/E des Nationalrates vom 17.11.2022 zur Berichterstattung über den Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans (38/BA)



Inhaltsverzeichnis

1	Budgetvollzug im Überblick	3
2	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	5
2.1	Aktuelle Konjunkturentwicklung	5
2.2	Entwicklung der Verbraucherpreise.....	9
2.3	Arbeitsmarktlage	10
3	Budgetvollzug auf Untergliederungsebene	12
3.1	Entwicklung der Auszahlungen im Finanzierungshaushalt.....	12
3.2	Entwicklung der Einzahlungen im Finanzierungshaushalt	19
3.2.1	Abgabenentwicklung	23
	Abkürzungsverzeichnis.....	28
	Tabellen- und Grafikverzeichnis	29



1 Budgetvollzug im Überblick

Der **Nettofinanzierungsbedarf des Bundes** war im **Monat Oktober 2025** mit 2,7 Mrd. EUR um 1,2 Mrd. EUR höher als im Oktober des Vorjahres. Dieser Anstieg resultierte aus im Vorjahresvergleich rückläufigen Einzahlungen aus Abgaben (v. a. Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer) bei gleichzeitig steigenden Auszahlungen.

Für den **Zeitraum Jänner bis Oktober 2025** ging der Nettofinanzierungsbedarf allerdings um 2,8 Mrd. EUR auf 13,9 Mrd. EUR zurück und der für das Gesamtjahr budgetierte Nettofinanzierungsbedarf wird deutlich unterschritten werden. Die auslaufenden Krisenmaßnahmen und die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entlasten den Bundeshaushalt spürbar. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen sind aber weiterhin ungünstig und inflationsbedingte Ausgabensteigerungen sowie in der letzten Legislaturperiode umgesetzte Maßnahmen belasten das Budget.

in Mio. EUR	UG	Monatserfolg, kumuliert				Jahreswerte			
		Jän-Okt 2024	Jän-Okt 2025	Vergleich Jän-Okt 2025 mit Jän-Okt 2024		Erfolg 2024	BVA 2025	Vergleich BVA 2025 mit Erfolg 2024	
Auszahlungen		97.970	98.051	+81	+0,1%	120.687	123.233	+2.546	+2,1%
Pensionen (exkl. Pflegegeld für Beamtinnen und Beamte)	22, 23	24.697	26.854	+2.158	+8,7%	29.729	32.571	+2.842	+9,6%
Bundespersonal und Landeslehrpersonal	diverse	14.621	15.375	+755	+5,2%	17.850	18.640	+790	+4,4%
Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung	20	5.074	5.677	+603	+11,9%	6.101	6.495	+395	+6,5%
Thermisch-energetische Sanierung	43	821	1.375	+554	+67,5%	1.086	1.303	+217	+20,0%
Gemeindepaket - Finanzzuweisung	44	0	300	+300	-	0	300	+300	-
Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Klinikbauten)	31	3.971	4.258	+287	+7,2%	4.808	5.341	+532	+11,1%
Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld	25	4.625	4.807	+182	+3,9%	5.507	5.762	+256	+4,6%
Verkehrsdienstverträge	41	570	735	+165	+28,9%	1.112	1.288	+176	+15,8%
Investitionstätigkeit in der Landesverteidigung	14	795	957	+162	+20,4%	1.258	1.377	+120	+9,5%
Zweckzuschuss Wohnbauförderung	44	0	121	+121	-	30	275	+245	+823,4%
Handwerkerbonus	40	36	124	+88	+243,2%	73	114	+41	+56,5%
Bildungskarenz	20	365	344	-21	-5,8%	440	275	-165	-37,5%
Investitionsprämie	40	305	244	-61	-20,0%	427	253	-174	-40,7%
Kommunalinvestitionsgesetze	44	317	211	-106	-33,4%	381	211	-170	-44,5%
Katastrophenfonds	44	531	421	-110	-20,7%	670	673	+4	+0,6%
Finanzierungskosten	58	7.048	6.657	-391	-5,6%	7.365	8.384	+1.019	+13,8%
COVID-19-Maßnahmen	v. a. 24, 45	489	12	-477	-97,5%	579	338	-241	-41,6%
Klimabonus	43	1.923	112	-1.811	-94,2%	1.910	110	-1.800	-94,2%
Energiekrisenmaßnahmen	v. a. 40, 43, 45	3.126	609	-2.518	-80,5%	3.535	533	-3.002	-84,9%
Sonstige Auszahlungen		28.655	28.857	+202	+0,7%	37.827	38.988	+1.162	+3,1%
Einzahlungen		81.319	84.187	+2.867	+3,5%	101.568	105.101	+3.533	+3,5%
Nettoabgaben	16	56.546	58.292	+1.746	+3,1%	70.017	71.762	+1.746	+2,5%
Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF)	51	0	1.623	+1.623	-	0	2.137	+2.137	-
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	20	7.577	7.938	+361	+4,8%	9.361	9.680	+319	+3,4%
Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds	25	6.842	7.064	+222	+3,2%	8.548	8.788	+240	+2,8%
Kostenbeiträge und Gebühren	v. a. 13, 45	1.352	1.487	+135	+10,0%	1.584	1.722	+138	+8,7%
Dividende ÖBAG	40, 45	930	767	-163	-17,5%	930	767	-163	-17,5%
Zinseinzahlungen	51	411	214	-197	-47,8%	455	215	-240	-52,7%
Dividende Verbund AG	40, 45	735	496	-239	-32,5%	735	496	-239	-32,5%
Weitere Transfers von der EU	51	1.434	1.175	-258	-18,0%	1.486	1.742	+256	+17,2%
Sonstige Einzahlungen		5.493	5.130	-363	-6,6%	8.453	7.792	-661	-7,8%
Nettofinanzierungssaldo		-16.651	-13.865	+2.786	-	-19.119	-18.132	+987	-

Abkürzungen: BVA ... Bundesvoranschlag, EU ... Europäische Union, exkl. ... exklusive, Jän ... Jänner, Okt ... Oktober, ÖBAG ... Österreichische Beteiligungs AG.

Quellen: Monatsbericht Oktober 2025, budget.gv.at, eigene Berechnungen.



Die **Auszahlungen** betrugen von Jänner bis Oktober 2025 insgesamt 98,1 Mrd. EUR, was im Vorjahresvergleich einem Anstieg um 0,1 % entspricht. Zu Mehrauszahlungen per Ende Oktober kam es insbesondere bei den Pensionen (+2,2 Mrd. EUR), dem Bundespersonal und Landeslehrpersonal (+0,8 Mrd. EUR), den Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (+0,6 Mrd. EUR) und der thermisch-energetischen Sanierung (+0,6 Mrd. EUR). Rückläufig waren die Auszahlungen für Energiekrisenmaßnahmen (-2,5 Mrd. EUR), den Klimabonus (-1,8 Mrd. EUR), COVID-19-Maßnahmen (-0,5 Mrd. EUR) und die Finanzierungskosten (-0,4 Mrd. EUR).

Ein Großteil der Verbesserungen im Vorjahresvergleich durch Konsolidierungsmaßnahmen und zurückgehende Zahlungen für Krisenmaßnahmen ist bereits im Budgetvollzug bis Oktober sichtbar. Deshalb wird für die Monate November und Dezember im Vorjahresvergleich zwar mit einem stärkeren Auszahlungswachstum gerechnet, für das **Gesamtjahr** wird der Anstieg aber geringer als die veranschlagten 2,1 % sein.

Die **Einzahlungen** beliefen sich von Jänner bis Oktober 2025 auf 84,2 Mrd. EUR und waren um 3,5 % höher als im Vorjahreszeitraum. Dabei kam es per Ende Oktober insbesondere im Bereich der Nettoabgaben (+1,7 Mrd. EUR) und bei den Rückflüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF; +1,6 Mrd. EUR) zu Mehreinzahlungen. Auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (+0,4 Mrd. EUR) und zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF; +0,2 Mrd. EUR) verzeichneten deutliche Zuwächse. Zu Mindereinzahlungen kam es insbesondere bei den weiteren Transfers der Europäischen Union (EU; -0,3 Mrd. EUR), der Dividende der Verbund AG (-0,2 Mrd. EUR) und den Einzahlungen aus Zinsen (-0,2 Mrd. EUR).

Damit entspricht der bisherige Anstieg dem budgetierten Zuwachs. Für das **Gesamtjahr** geht der Budgetdienst weiterhin von einer Überschreitung aus, weil in den letzten beiden Monaten stärkere Verbesserungen im Vorjahresvergleich erwartet werden. Diese resultieren unter anderem aus den erwarteten Zahlungen für die Sonderzahlung zur Stabilitätsabgabe und die Energiekrisenbeiträge im Rahmen der Konsolidierung sowie einer weiteren Einzahlung aus der RRF. Außerdem waren die Einzahlungen im November 2024 wegen der verspäteten Verbuchung eines Teils des EU-Beitrags vergleichsweise gering. Gegenläufig wirken geringer erwartete Einzahlungen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen im Dezember 2025.



Im Vergleich zum Budgetvollzug Jänner bis September 2025 verringerte sich die Verbesserung des Nettofinanzierungssaldos im Vorjahresvergleich mit dem **Monatserfolg Oktober 2025** etwas:

- ♦ Die **Einzahlungen waren im Oktober 2025** um 616 Mio. EUR bzw. 6,8 % geringer als im Oktober 2024, was vor allem auf niedrigere Einzahlungen aus Nettoabgaben zurückzuführen war. Rückläufig war vor allem das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer (-508 Mio. EUR) infolge gesunkener Zahlungen zur Vermeidung von Nachforderungszinsen. Das niedrigere Aufkommen aus der Umsatzsteuer (-115 Mio. EUR) dürfte neben den immer wieder auftretenden monatlichen Schwankungen auf einen leicht geänderten Abfuhrhythmus infolge der vermehrte Nutzung des One-Stop-Shop-Verfahrens zurückzuführen sein. Gleichzeitig verzeichneten die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden (+347 Mio. EUR) hohe Zuwächse, da sie sich auf das gute Aufkommen der Bruttoabgaben im August 2025 beziehen.
- ♦ Die **Auszahlungen waren im Oktober 2025** um 543 Mio. EUR bzw. 5,1 % höher als im Vorjahresmonat. Dabei waren insbesondere die Auszahlungen für Pensionen (+366 Mio. EUR) und Finanzierungskosten (+194 Mio. EUR) höher als im Oktober 2024. Auch die im Oktober 2025 erfolgte Zahlung der ersten Tranche der nunmehr als Finanzzuweisung ausgezahlten Mittel der Kommunalinvestitionsgesetze (+144 Mio. EUR) trug zum Auszahlungsanstieg bei, in einer kumulierten Betrachtung sind diesbezügliche Auszahlungen heuer aber rückläufig.

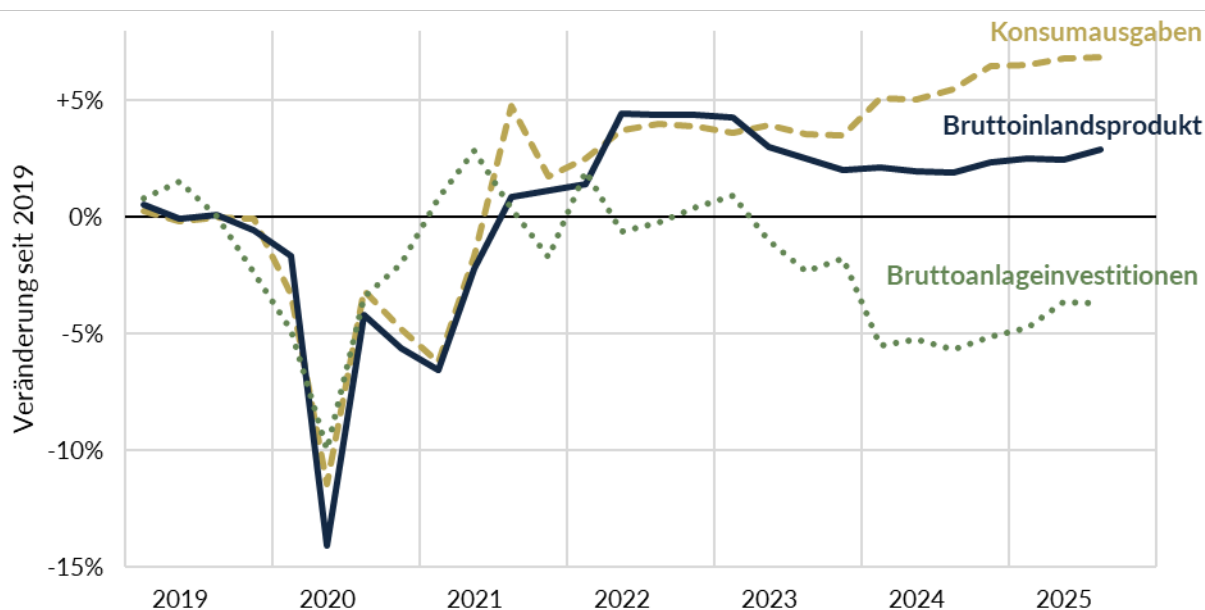
2 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

In diesem Abschnitt werden zunächst in Pkt. 2.1 die aktuellen Daten zur Konjunktur-entwicklung 2025 dargestellt. Auf die Entwicklung der Verbraucherpreise wird in Pkt. 2.2 eingegangen, die Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosenzahlen wird in Pkt. 2.3 erläutert.

2.1 Aktuelle Konjunkturentwicklung

Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) von der zweiten Jahreshälfte 2022 bis zum 3. Quartal 2024 rückläufig war, war das Wachstum im 4. Quartal 2024 und in den ersten drei Quartalen 2025 wieder leicht positiv. Die folgende Grafik zeigt die reale (inflationsbereinigte) Veränderung von BIP, Konsumausgaben (privat und öffentlich) und Bruttoanlageinvestitionen gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019:

Grafik 1: Reale Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen seit 2019



Quellen: Statistik Austria (saison- und arbeitstagsbereinigte Quartalsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung), eigene Berechnungen.

Das reale BIP wuchs im 3. Quartal 2025 im Vergleich zum Vorquartal um 0,4 %. Somit war es in den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 um 0,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Positiv auf das Wachstum wirkten dabei die realen Konsumausgaben, die in den ersten drei Quartalen 2025 um 1,5 % höher waren als im Vorjahr. Dabei hat insbesondere der öffentliche Konsum im Vorjahresvergleich zugenommen (+3,1 %). Da dieser auch den Personalaufwand umfasst, kann dies zum Teil auf den Beschäftigungsanstieg im öffentlichen Sektor zurückgeführt werden (siehe Pkt. 2.3). Bei den Bruttoanlageinvestitionen setzte in der ersten Jahreshälfte 2025 eine Erholung ein, die sich im 3. Quartal abgeschwächt hat. Insgesamt waren die Bruttoanlageinvestitionen im bisherigen Jahresverlauf höher als im Vorjahreszeitraum, blieben aber nach wie vor unterhalb des Niveaus von 2019. Einen negativen Beitrag leistete der Außenhandel, weil die Exporte rückläufig waren, während die Importe stiegen. Wachstumssteigernd wirkte hingegen der im Vorjahresvergleich höhere Lageraufbau.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung wesentlicher volkswirtschaftlicher Kennzahlen seit 2022 sowie die Ergebnisse der Prognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) für 2025 vom März bzw. Oktober 2025. Die Prognose vom März 2025 bildete die Grundlage für die Budgets 2025 und 2026.

**Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Veränderungen ggü. Vorjahr in %	2022	2023	2024	2025	
				Budgeterstellung (März 2025)	Aktuell (Stand Okt. 2025)
Bruttoinlandsprodukt					
Real	+5,3	-0,8	-0,7	-0,3	+0,3
Nominell	+10,6	+6,3	+3,4	+2,2	+3,5
Nominell, absolut in Mrd. EUR	449	478	494	492	512
Konsumausgaben					
Private Haushalte, real	+5,4	-0,2	+1,0	+0,2	+0,6
Private Haushalte, nominell	+13,5	+7,9	+4,3	+3,0	+4,2
Private Haushalte, nominell in Mrd. EUR	229	247	258	262	268
Staatlich, real	+0,0	+0,6	+3,8	-0,3	+1,0
Sparquote der privaten Haushalte in %	9,1	8,6	11,7	10,2	10,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0,3	-1,3	-4,3	-0,7	-0,3
Außenhandel					
Exporte, real	+9,4	-0,6	-2,3	-0,9	-0,4
Importe, real	+6,9	-4,3	-2,6	-0,2	+1,2
Arbeitsmarkt					
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+3,0	+1,2	+0,2	+0,3	+0,2
Arbeitslosenquote					
Nationale Definition in % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,3	6,4	7,0	7,3	7,5
Eurostat in % der Erwerbsbevölkerung	4,8	5,1	5,2	5,3	5,7
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+8,1	+8,3	+7,4	+3,5	+3,8
Inflationsrate - VPI in %	8,6	7,8	2,9	2,7	3,5
Zinssatz (Jahresdurchschnitt) in %					
Kurzfristig	0,3	3,4	3,6	2,2	2,2
Langfristig	1,7	3,1	2,8	3,2	3,0

Abkürzungen: ggü. ... gegenüber, Okt. ... Oktober., VPI ... Verbraucherpreisindex

Quellen: Konjunkturprognosen des WIFO vom März bzw. Oktober 2025, Statistik Austria.

Für das **reale BIP** erwartet das WIFO in seiner Prognose vom Oktober 2025 eine Wachstumsrate von 0,3 %. Der prognostizierte Jahreswert liegt dabei etwas unterhalb des realen BIP-Wachstums in den ersten drei Quartalen (+0,6 %), die nächste Prognose wird das WIFO am 18. Dezember veröffentlichen. Das nominelle BIP soll im Jahr 2025 um 3,5 % wachsen. Die im Vergleich zur Prognose vom März günstigere Entwicklung des BIP ist vor allem auf die Revision der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR-Daten) durch Statistik Austria zurückzuführen. Das nominelle BIP war im Jahr 2024 tatsächlich höher als zu Beginn des laufenden Jahres angenommen, wodurch es zu einem entsprechenden Wachstumsüberhang kommt.

Die realen **Konsumausgaben** der privaten Haushalte sollen im Jahr 2025 um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr ansteigen. Das erwartete Wachstum fällt damit höher aus als noch im Frühjahr angenommen. Aufgrund der steigenden Konsumausgaben bei



gleichzeitig leicht sinkenden real verfügbaren Einkommen wird ein Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte um 0,9 %-Punkte im Vergleich zum Vorjahr erwartet. Die Sparquote verbleibt mit 10,7 % aber weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Bei den realen **Bruttoanlageinvestitionen** erwartet das WIFO für das Jahr 2025 einen erneuten Rückgang. Dieser soll mit -0,3 % allerdings deutlich niedriger als in den Vorjahren und auch geringer als in der Prognose vom März 2025 angenommen ausfallen. Das Institut für Höhere Studien (IHS) geht in seiner Prognose vom Oktober 2025 von einem leichten Zuwachs im Jahr 2025 aus (+0,3 %). In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 waren die Bruttoanlageinvestitionen um 1,5 % höher als im Vorjahr.

Im Bereich des **Außenhandels** erwartet das WIFO im Jahr 2025 eine Verschlechterung der Nettoexporte. Die realen Exporte sollen um 0,4 % zurückgehen, während bei den realen Importen ein Anstieg um 1,2 % prognostiziert wird. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des geopolitischen Umfelds und der Zollpolitik bleibt die Prognose des Außenhandels jedoch mit entsprechender Unsicherheit behaftet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** ist die beginnende wirtschaftliche Erholung im Jahr 2025 noch nicht spürbar. Die Arbeitslosenquote soll im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %-Punkte auf 7,5 % ansteigen. Erst ab dem Jahr 2026 wird ein schrittweiser Rückgang der Arbeitslosenquote erwartet. Das erwartete Beschäftigungswachstum fällt mit 0,2 % wie im Vorjahr verhalten aus. Der Beschäftigungsanstieg ist dabei insbesondere auf den öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereich und die Auswirkungen der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen zurückzuführen (siehe Pkt. 2.3). Die **Lohn- und Gehaltssumme** soll im Jahr 2025 um 3,8 % ansteigen.

Nachdem das WIFO in seiner Prognose vom Juni 2025 den erwarteten Anstieg des Preisniveaus von 2,7 % auf 2,9 % erhöht hat, wurde die prognostizierte **Inflationsrate** im Oktober 2025 nochmals deutlich auf 3,5 % nach oben revidiert. Damit soll die Inflationsrate auch höher ausfallen als im Jahr 2024 (2,9 %). Laut Schnellschätzung von Statistik Austria ergab sich im November ein Anstieg des Preisniveaus um 4,1 % gegenüber dem November des Vorjahres. Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es vor allem bei Dienstleistungen, Lebensmitteln, Tabak und Alkohol sowie Energie (siehe Pkt. 2.2). Insgesamt war das Preisniveau in den bisherigen elf Monaten damit um durchschnittlich 3,5 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

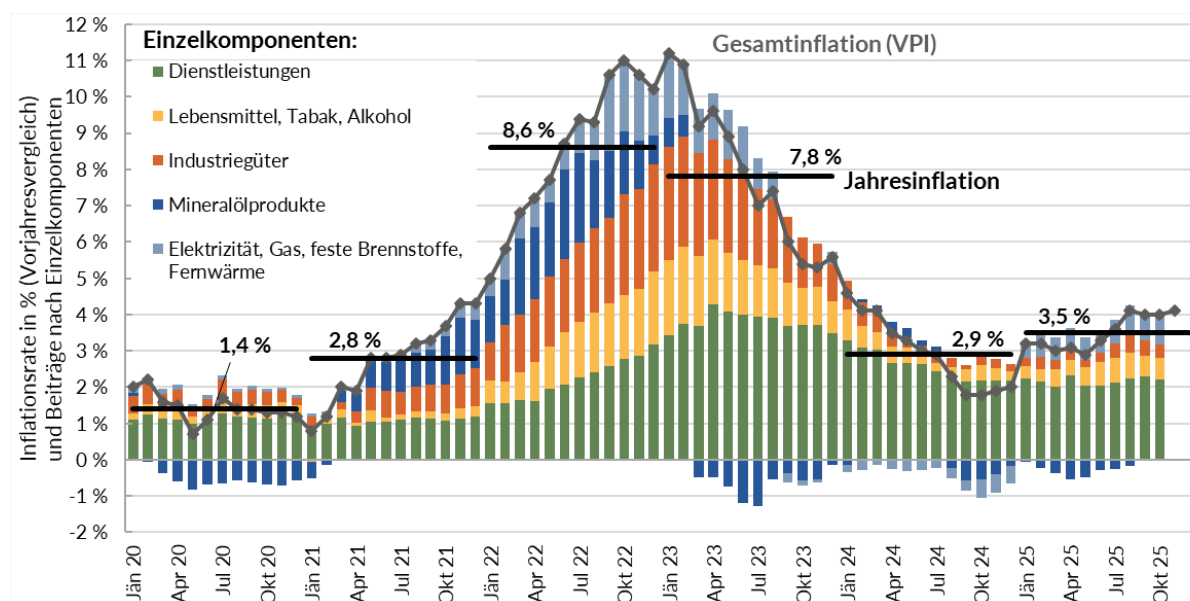


Im Vergleich zum Vorjahr sollen die kurzfristigen **Zinsen** deutlich um 1,4 %-Punkte auf 2,2 % sinken. Bei den langfristigen Zinsen wird hingegen ein Anstieg auf 3,0 % (+0,2 %-Punkte) erwartet.

2.2 Entwicklung der Verbraucherpreise

Nach Jahren mit vergleichsweise hohen Inflationsraten sank die Inflationsrate im Jahr 2024 auf durchschnittlich 2,9 %. Zu Beginn des Jahres 2025 kehrte sich diese rückläufige Entwicklung allerdings um. Im bisherigen Jahresverlauf lagen die monatlichen Inflationsraten jeweils über dem Vorjahreswert. Die Preise waren im Oktober 2025 um 4,0 % höher als im Oktober des Vorjahres. Laut Schnellschätzung von Statistik Austria betrug die Inflationsrate im November voraussichtlich 4,1 %. Insgesamt stiegen die Preise damit in den bisherigen elf Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um durchschnittlich 3,5 % an. Dies würde der vom WIFO in der Prognose vom Oktober 2025 erwarteten Jahresinflationsrate entsprechen. Die folgende Grafik zeigt die monatliche Inflationsentwicklung seit 2020 und gibt den Beitrag der einzelnen Teilkomponenten anhand des IHS-Preismonitors an:

Grafik 2: Inflationsrate (VPI) und Beiträge nach Einzelkomponenten



Quellen: IHS-Preismonitor, Konjunkturprognose des WIFO vom Oktober 2025.



Die einzelnen Teilkomponenten hatten dabei folgenden Einfluss auf die Inflationsrate:

- ♦ Den größten Beitrag leisteten, aufgrund des entsprechend hohen Anteils im Warenkorb, die Preissteigerungen im **Dienstleistungsbereich**. Dieser ist mit durchschnittlich 2,2 %-Punkten im Jahresverlauf vergleichsweise konstant.
- ♦ Deutlich erkennbar ist der positive Inflationsbeitrag **von Elektrizität, Gas, festen Brennstoffen und Fernwärme**. Dieser betrug im Oktober 0,8 %-Punkte und ist im bisherigen Jahresverlauf kontinuierlich angestiegen. Dabei sind insbesondere die Preise für Elektrizität auch vor dem Hintergrund auslaufender Energiekrisenmaßnahmen (Strompreisbremse, Energieabgabensenkung, Aussetzung der Beiträge nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG)) und der steigenden Netzentgelte deutlich angestiegen. Laut Einschätzung des WIFO leisten die auslaufenden Energiekrisenmaßnahmen und die höheren Netzentgelte im Jahr 2025 einen einmaligen Inflationsbeitrag von etwa 1 %-Punkt. Die Preisentwicklung bei **Mineralölprodukten** wirkte dagegen bis August dämpfend auf die Gesamtinflationsrate.
- ♦ **Lebensmittel, Tabak und Alkohol** leisteten bis August einen steigenden Beitrag zur Inflationsrate. Im September und Oktober war der Inflationsbeitrag mit 0,6 %-Punkten leicht rückläufig, aber weiterhin höher als zu Jahresbeginn.
- ♦ Die Preissteigerungen bei **Industriegütern** trugen im Oktober 0,4 %-Punkte zur Inflationsrate bei. Der Inflationsbeitrag ist dabei in der zweiten Jahreshälfte etwas höher als in den ersten sechs Monaten.

2.3 Arbeitsmarktlage

Die durchschnittliche Zahl der **unselbständig Beschäftigten** war zwischen Jänner und Oktober 2025 nur geringfügig höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (+0,1 %). Der leichte Beschäftigungsanstieg ist dabei vor allem auf den öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Sektor zurückzuführen. Hier war die durchschnittliche Zahl der unselbständig Beschäftigten bis Oktober um 2,3 % höher als im Vorjahr. In den übrigen, eher privatwirtschaftlich geprägten Sektoren war die Beschäftigung dahingegen rückläufig (-0,7 %). Darüber hinaus wirkte auch die Beschäftigungsentwicklung bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stabilisierend auf den Arbeitsmarkt. Während die Zahl jüngerer Beschäftigter niedriger war als im Vorjahr, stieg die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in der Gruppe der 60-Jährigen und



50-Jährigen war der Anstieg (+6 %) etwas höher als bei den Jüngeren. Unter den Bundesländern verzeichneten Niederösterreich und die Steiermark (+7 %) den höchsten Anstieg. Am geringsten war der Anstieg in Kärnten (+1 %). In den anderen Bundesländern stieg die Zahl der arbeitslosen oder in Schulung gemeldeten Personen um 3 % bis 6 %. Diese Entwicklungen setzten sich auch im November 2025 fort.

Die Zahl der **offenen Stellen** entwickelte sich im Vorjahresvergleich weiterhin rückläufig. Im Oktober 2025 waren 76.289 sofort verfügbare offene Stellen beim AMS gemeldet, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat um 11.195 Stellen bzw. 12,8 % entsprach. Im November 2025 betrug die Zahl der offenen Stellen 71.933 (-10.922 bzw. -13,2 %). Da nicht alle offenen Stellen beim AMS gemeldet werden, bildet dies nicht den gesamten österreichischen Stellenmarkt ab. So gab es laut der quartalsweisen Erhebung der Statistik Austria im 3. Quartal 2025 138.120 offene Stellen (-29.728 bzw. -17,7 %).

3 Budgetvollzug auf Untergliederungsebene

Der Nettofinanzierungssaldo des Bundes belief sich per Ende Oktober 2025 auf -13,9 Mrd. EUR und war damit um 2,8 Mrd. EUR besser als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr 2025 ist mit einer deutlichen Unterschreitung des veranschlagten Nettofinanzierungsbedarfs zu rechnen, da es auszahlungsseitig zu einer Unterschreitung und einzahlungsseitig zu einer Überschreitung der Voranschlagswerte kommen dürfte.

3.1 Entwicklung der Auszahlungen im Finanzierungs- haushalt

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen der Auszahlungen von Jänner bis Oktober und die für das Gesamtjahr budgetierten Veränderungen auf Untergliederungsebene:

**Tabelle 2: Auszahlungen Jänner bis Oktober 2025 auf Untergliederungsebene**

in Mio. EUR	Jän-Okt 2025	Vergleich Jän-Okt 2025 mit Jän-Okt 2024		BVA 2025	Vergleich BVA 2025 mit Erfolg 2024	
Auszahlungen gesamt	98.051	+81	+0,1%	123.233	+2.546	+2,1%
UG 10-Bundeskanzleramt	539	-166	-23,5%	626	-335	-34,8%
UG 14-Militärische Angelegenheiten	3.259	+320	+10,9%	4.391	+349	+8,6%
UG 20-Arbeit	8.567	+566	+7,1%	10.345	+164	+1,6%
UG 21-Soziales und Konsumentenschutz	4.228	-183	-4,1%	5.799	+10	+0,2%
UG 22-Pensionsversicherung	16.184	+1.622	+11,1%	19.447	+2.090	+12,0%
UG 23-Pensionen - Beamtinnen und Beamte	10.921	+551	+5,3%	13.428	+770	+6,1%
UG 24-Gesundheit	2.335	-121	-4,9%	2.840	-110	-3,7%
UG 25-Familie und Jugend	7.536	+366	+5,1%	8.992	+244	+2,8%
UG 30-Bildung	9.834	+394	+4,2%	11.996	+407	+3,5%
UG 31-Wissenschaft und Forschung	5.795	+435	+8,1%	7.273	+716	+10,9%
UG 40-Wirtschaft	934	-732	-43,9%	1.366	-636	-31,8%
UG 41-Mobilität	4.127	+169	+4,3%	6.029	+673	+12,6%
UG 42-Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	1.563	+103	+7,0%	2.840	-172	-5,7%
UG 43-Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	2.136	-2.164	-50,3%	2.193	-2.691	-55,1%
UG 44-Finanzausgleich	3.249	+248	+8,3%	3.908	+502	+14,7%
UG 45-Bundesvermögen	941	-1.082	-53,5%	1.537	-862	-35,9%
UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.657	-391	-5,6%	8.384	+1.019	+13,8%
weitere Untergliederungen	9.247	+145	+1,6%	11.838	+408	+3,6%

Budgetvisualisierung: [Budgetvollzug Auszahlungen nach Untergliederungen](#).Quellen: Monatsbericht Oktober 2025, [budget.gv.at](#), eigene Berechnungen.

Die **Auszahlungen** waren von Jänner bis Oktober 2025 um 81 Mio. EUR bzw. 0,1 % höher als im Vorjahr. Der bisherige Auszahlungsanstieg liegt deutlich unter dem für das Gesamtjahr budgetierten Anstieg (+2,5 Mrd. EUR bzw. +2,1 %). Ein Großteil der Verbesserungen im Vorjahresvergleich durch Konsolidierungsmaßnahmen und zurückgehende Zahlungen für Krisenmaßnahmen ist bereits im Budgetvollzug bis Oktober sichtbar. Deshalb wird für die Monate November und Dezember im Vorjahresvergleich zwar mit einem stärkeren Auszahlungswachstum gerechnet, im Gesamtjahr ist aber von einer deutlichen Unterschreitung des BVA 2025 auszugehen.

Die Auszahlungen in der **UG 22-Pensionversicherung** waren per Ende Oktober 2025 um 1,6 Mrd. EUR bzw. 11,1 % höher als im Vorjahr. Der Anstieg ist dabei vor allem auf die Pensionserhöhung und die steigende Zahl der Pensionsbezieherinnen und -bezieher sowie auf die infolge der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten höheren Hebesatzzahlungen zurückzuführen. Dämpfend auf die Auszahlungsentwicklung wirkt hingegen der geringere Saldo aus Abrechnungsresten (-179 Mio. EUR). Für das Gesamtjahr dürften die veranschlagten Auszahlungen in etwa erreicht werden. Ähnliches gilt für die **UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte**, wo die Auszahlungen im bisherigen Jahresverlauf um 0,6 Mrd. EUR bzw. 5,3 % höher waren als im Vorjahr. Der BVA 2025 sieht einen Auszahlungsanstieg um 6,1 % vor.



Zu Mehrauszahlungen iHv 566 Mio. EUR bzw. 7,1 % kam es im bisherigen Jahresverlauf in der **UG 20-Arbeit**. Bei den Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung führte vor allem die steigende Zahl der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden zu einem deutlichen Auszahlungsanstieg (+603 Mio. EUR bzw. +11,9 %). Auch die Auszahlungen für die Altersteilzeit waren aufgrund der stärkeren Inanspruchnahme und gestiegener Leistungshöhen höher als im Vorjahr (+75 Mio. EUR bzw. +15,3 %). In beiden Bereichen sind die Auszahlungen bisher stärker gestiegen als im BVA 2025 veranschlagt. Zu Minderauszahlungen kam es hingegen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik (-69 Mio. EUR). Die Auszahlungen für die auslaufende Bildungskarenz waren zwar um 21 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr, mit 344 Mio. EUR aber bereits höher als im BVA 2025 (275 Mio. EUR). Insgesamt wird der BVA 2025 in der UG 20 auszahlungsseitig deutlich überschritten werden.

Zwischen Jänner und Oktober 2025 waren die Auszahlungen in der **UG 31-Wissenschaft und Forschung** um 435 Mio. EUR bzw. 8,1 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der bisherige Auszahlungsanstieg fällt damit etwas geringer aus als im BVA 2025 veranschlagt (+10,9 %). Zu Mehrauszahlungen kam es aufgrund der neuen Leistungsvereinbarungsperiode 2025-2027 vor allem bei den Universitäten (exkl. klinischer Mehraufwand für Klinikbauten) (+287 Mio. EUR). Aufgrund von Bau- und Abrechnungsverzögerungen fielen auch die Auszahlungen für den klinischen Mehraufwand für Klinikbauten höher aus als im Vorjahr (+50 Mio. EUR). Auszahlungserhöhend wirkt darüber hinaus die mit der BMG-Novelle 2025 vorgenommene Umschichtung der Detailbudgets „Lebenslanges Lernen“ (+32 Mio. EUR) sowie „Frauenangelegenheiten und Gleichstellung“ (+21 Mio. EUR) in den Kompetenzbereich der UG 31.

In der **UG 30-Bildung** waren die Auszahlungen bis Ende Oktober 2025 um 395 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Der Auszahlungsanstieg von 4,2 % fällt damit höher aus als im BVA 2025 budgetiert (+3,5 %). Aufgrund der Gehaltserhöhungen und der steigenden Zahl von Schülerinnen und Schülern ergab sich dabei vor allem bei den Auszahlungen für das Bundespersonal (+4,9 %) und für das Landeslehrpersonal (+6,0 %) ein Mehrbedarf. Der Auszahlungsanstieg im Bereich der Gebäudeinfrastruktur (+0,5 %) blieb hingegen bisher deutlich hinter dem BVA 2025 zurück.



Die Auszahlungen in der **UG 25-Familie und Jugend** waren im bisherigen Jahresverlauf um 366 Mio. EUR bzw. 5,1 % höher als im Vorjahr. Damit war der bisherige Auszahlungsanstieg höher als im BVA 2025 veranschlagt (+2,8 %), was aber vor allem auf die Verrechnung des FLAF-Überschusses am Jahresende zurückzuführen ist.¹ Zu Mehrauszahlungen kam es dabei aufgrund der Valorisierung der Familienleistungen vor allem bei der Familienbeihilfe (+154 Mio. EUR bzw. +4,3 %) und beim Kinderbetreuungsgeld (+28 Mio. EUR bzw. +2,6 %). Der Auszahlungsanstieg im Bereich der Familienbeihilfe entspricht dabei in etwa dem BVA 2025, jener beim Kinderbetreuungsgeld liegt deutlich darunter. Deutlich stärker als veranschlagt stiegen die Auszahlungen für die Transfers an die Sozialversicherung (+163 Mio. EUR bzw. +10,4 %), welche vor allem die Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten umfassen.

Die Mehrauszahlungen in der **UG 14-Militärische Angelegenheiten** beliefen sich per Ende Oktober 2025 auf 320 Mio. EUR bzw. 10,9 %. Im BVA 2025 ist für das Gesamtjahr ein Auszahlungsanstieg um 8,6 % veranschlagt. Insbesondere die Auszahlungen für Investitionen waren deutlich höher als im Vorjahr (+162 Mio. EUR bzw. +20,4 %) und stiegen im bisherigen Jahresverlauf auch stärker als veranschlagt. Der Auszahlungsanstieg beim Personalaufwand (+5,0 %) und beim Sachaufwand (+10,9 %) blieb im bisherigen Jahresverlauf hinter dem BVA 2025 zurück.

Der BVA 2025 sieht in der **UG 44-Finanzausgleich** gegenüber dem Erfolg 2024 einen Auszahlungsanstieg um 14,7 % vor. Bis Ende Oktober 2025 waren die Auszahlungen um 8,3 % (+248 Mio. EUR) höher als im Vorjahr. Zur erwarteten Voranschlagsunterschreitung trägt insbesondere der Zweckzuschuss an die Länder für die Wohnbauförderung bei. Von den budgetierten Mitteln iHv 275 Mio. EUR wurden bisher erst 121 Mio. EUR ausgezahlt.² Zu deutlichen Minderauszahlungen kommt es im Jahr 2025 voraussichtlich beim Katastrophenfonds. Zwischen Jänner und Oktober 2025 waren die Auszahlungen um 110 Mio. EUR geringer als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf die besonders hohen Zahlungen in Folge der Hochwasserkatastrophe im letzten Quartal des Vorjahres zurückzuführen. Im Oktober gelangte die erste Tranche

¹ Der FLAF-Überschuss wird als bundesinterner Transfer in der UG 25-Familie und Jugend verrechnet und erhöht die Aus- und Einzahlungen im gleichen Ausmaß. Da der für das Jahr 2025 veranschlagte Überschuss iHv 64 Mio. EUR deutlich niedriger ausfällt als der Überschuss im Vorjahr (252 Mio. EUR), wird der Auszahlungsanstieg im BVA 2025 im Vergleich zum Erfolg 2024 reduziert.

² Die Zahlung an die Länder erfolgt erst nachdem diese die entsprechenden Förderungen getätigt haben, sodass es zu Zahlungsverzögerungen kommt. Auszahlungen können sich dadurch in zukünftige Finanzjahre verschieben.



der nunmehr als Finanzzuweisung ausgezahlten Mittel der Kommunalinvestitionsgesetze iHv 169 Mio. EUR zur Auszahlung. Im weiteren Jahresverlauf sollte es hierbei zu keinen weiteren Auszahlungen mehr kommen.

In der **UG 41-Mobilität** waren die Auszahlungen zwischen Jänner und Oktober 2025 um 169 Mio. EUR bzw. 4,3 % höher als im Vorjahr. Die Auszahlungen stiegen somit weniger stark als im BVA 2025 veranschlagt an (+12,6 %). Zu Mehrauszahlungen kam es dabei vor allem bei den Verkehrsdiensteverträgen (+165 Mio. EUR) und den Zahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG im Rahmen der Zuschussverträge (+113 Mio. EUR). Die Auszahlungen im Bereich der Grünen Transformation blieben im bisherigen Jahresverlauf deutlich hinter dem Voranschlag zurück. Per Ende Oktober 2025 waren diese sogar geringfügig niedriger als im Vorjahr (-1 Mio. EUR), während ein Anstieg um 258 Mio. EUR budgetiert ist. Weniger stark als veranschlagt stiegen bisher auch die Auszahlungen für das Klimaticket (36 Mio. EUR bzw. +7,2 %) und die Privatbahnförderung (+2 Mio. EUR bzw. +6,5 %).

Während der BVA 2025 für das Gesamtjahr einen Rückgang der Auszahlungen in der **UG 42-Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft** um 172 Mio. EUR bzw. 5,7 % vorsieht, waren diese bis Ende Oktober 2025 um 103 Mio. EUR bzw. 7,0 % höher als im Vorjahr. Zu Mehrauszahlungen kam es dabei primär im Bereich des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) (+198 Mio. EUR). Im BVA 2025 wurde hierbei ein Rückgang um 47 Mio. EUR veranschlagt. Ein Teil des Auszahlungsanstiegs wird durch höhere Transfers von der EU und entsprechende Mehreinzahlungen in der UG 51-Kassenverwaltung abgedeckt. Demgegenüber waren die Auszahlungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) um 112 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr. Für das Gesamtjahr ist ein Rückgang um 77 Mio. EUR budgetiert.

Die Minderauszahlungen in der **UG 24-Gesundheit** beliefen sich per Ende Oktober 2025 auf 121 Mio. EUR (-4,9 %). Der Auszahlungsrückgang fällt damit auch stärker aus als im BVA 2025 veranschlagt (-3,7 %). Die Minderauszahlungen sind im Wesentlichen auf die rückläufigen Auszahlungen für COVID-19-Maßnahmen zurückzuführen, wobei der Rückgang mit 137 Mio. EUR bereits jetzt höher ausfällt als budgetiert (-123 Mio. EUR). Weitere Minderauszahlungen betrafen die Zahlungen für die Gleichstellung der klinisch-psychologischen Behandlung (-25 Mio. EUR) und den Wegfall des Energiekostenzuschusses für Neue Selbständige (-28 Mio. EUR). Gegenläufig stiegen die Auszahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs Gesundheit an (+50 Mio. EUR).



Im Vergleich zum Vorjahr waren die Auszahlungen in der **UG 10-Bundeskanzleramt** bis Ende Oktober um 166 Mio. EUR bzw. 23,5 % niedriger, wobei für das Gesamtjahr ein stärkerer Rückgang der Auszahlungen um 34,8 % (-335 Mio. EUR) veranschlagt wurde. Zu den Minderauszahlungen trug insbesondere die Übertragung des Themenbereiches Medien in den Kompetenzbereich der UG 17-Wohnen, Medien, Telekommunikation und Sport im Zuge der BMG-Novelle 2025 bei (-114 Mio. EUR). Auch die Umschichtung der Frauenagenden in die UG 31-Wissenschaft und Forschung wirkt auszahlungsmindernd (-25 Mio. EUR). Im Bereich Integration waren die Auszahlungen um 33 Mio. EUR bzw. 29,5 % niedriger als im Vorjahr, im BVA 2025 ist allerdings ein stärkerer Rückgang veranschlagt (-110 Mio. EUR bzw. -58,5 %). Im 3. Quartal wurde eine Mittelverwendungsüberschreitung (MVÜ) iHv 4,3 Mio. EUR für Integrationsprojekte genehmigt. Im BVA 2025 ist zudem eine Ermächtigung iHv 67 Mio. EUR für diesen Bereich enthalten.

In der **UG 21-Soziales und Konsumentenschutz** kam es per Ende Oktober 2025 vor allem bei der Unterstützung für Menschen mit Behinderung zu Minderauszahlungen iHv 123 Mio. EUR, was in etwa dem budgetierten Rückgang für das Gesamtjahr in diesem Bereich entspricht (-124 Mio. EUR). Weitere Minderauszahlungen betrafen die Sonderzuwendungen gemäß Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz (LWA-G; -108 Mio. EUR), den Hospiz- und Palliativfonds (-8 Mio. EUR) sowie die sonstigen Auszahlungen (-22 Mio. EUR)³, wobei in den letzten beiden Bereichen eigentlich ein Anstieg veranschlagt wurde. Gegenläufig kam es insbesondere beim Pflegegeld zu Mehrauszahlungen, wobei der Auszahlungsanstieg mit 4,4 % etwas stärker ausfällt als veranschlagt (+4,2 %). In Summe waren die Auszahlungen in der UG 21 um 183 Mio. EUR bzw. 4,1 % niedriger als im Vorjahr. Der BVA 2025 sieht einen leichten Anstieg der Auszahlungen um 0,2 % vor.

Die Auszahlungen in der **UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge** waren bis Oktober 2025 um 391 Mio. EUR bzw. 5,6 % niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der BVA 2025 sieht für das Gesamtjahr 2025 hingegen einen Anstieg um 1.019 Mio. EUR bzw. 13,8 % vor. Die Minderauszahlungen sind dabei vor allem auf die niedrigeren Auszahlungen für Agien und Disagien zurückzuführen (-968 Mio. EUR).

³ Die Minderauszahlungen bei den sonstigen Auszahlungen betrafen vor allem das DB 21.01.04-EU, Internationales, Senioren. Zu einem Auszahlungsrückgang kam es dabei vor allem bei den Transfers an private Haushalte (-26 Mio. EUR). Im Oktober wurde darüber hinaus aufgrund eines geringeren Bedarfs der Abwicklungsstelle eine negative Auszahlung bei den Unterstützungsleistungen nach Unwetterkatastrophen gemäß LWA-G verbucht. Bis September wurden dafür 34 Mio. EUR ausgezahlt und im Oktober kam es nun zu einer Rückzahlung iHv 31 Mio. EUR. Im BVA 2025 wurden 35 Mio. EUR veranschlagt.



Demgegenüber stehen um 576 Mio. EUR höhere Zinszahlungen, allerdings fällt der Anstieg mit 11,7 % bisher weniger stark aus als veranschlagt (+19,6 %). Insgesamt wird der Voranschlag in der UG 58 deshalb deutlich unterschritten werden. Für die Entwicklung des Maastricht-Defizits sind die Minderauszahlungen für Agien und Disagien allerdings kaum relevant, da diese dort nämlich periodengerecht zugeordnet werden. Im ebenfalls periodengerecht abgegrenzten Ergebnishaushalt waren die Aufwendungen in der UG 58 bis Oktober insgesamt um 558 Mio. EUR bzw. 12,2 % höher als im Vorjahreszeitraum. Der für das Gesamtjahr veranschlagte Zuwachs iHv 20,0 % wird auch im Ergebnishaushalt unterschritten werden, aber weniger deutlich als im Finanzierungshaushalt.

Im Vorjahresvergleich waren die Auszahlungen in der **UG 40-Wirtschaft** per Ende Oktober 2025 um 732 Mio. EUR bzw. 43,9 % niedriger. Zu den geringeren Auszahlungen trug vor allem das Auslaufen der entsprechenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiekrise bei (-890 Mio. EUR). Beim Handwerkerbonus kam es bisher zu Mehrauszahlungen iHv 88 Mio. EUR. Insgesamt wurden in diesem Bereich bis Ende Oktober 2025 124 Mio. EUR ausgezahlt, womit der BVA 2025 (114 Mio. EUR) bereits überschritten wurde. Die Auszahlungen für die Investitionsprämie waren im bisherigen Jahresverlauf um 61 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr. Für die Grüne Transformation wurden bisher 48 Mio. EUR ausgezahlt (BVA 2025: 209 Mio. EUR), denen aufgrund der BMG-Novelle 2025 keine Auszahlungen im Vorjahr gegenüberstehen. In diesem Bereich wird es zu einer deutlichen Voranschlagsunterschreitung kommen, wobei diese zur Bedeckung der zukünftigen Auszahlungen für den Stromkostenausgleich für die Industrie gemäß Standortabsicherungsgesetz (SAG) 2025 verwendet werden soll.⁴

Per Ende Oktober 2025 ergaben sich in der **UG 45-Bundesvermögen** Minderauszahlungen iHv 1.082 Mio. EUR bzw. 53,5 %. Damit fällt der bisherige Rückgang bereits jetzt stärker aus als im BVA 2025 veranschlagt (-862 Mio. EUR bzw. -35,9 %), weshalb für das Gesamtjahr von einer Voranschlagsunterschreitung auszugehen ist. Verantwortlich dafür sind unter anderem die Auszahlungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise, die aufgrund von Rückflüssen bisher negativ sind (-33 Mio. EUR). Deutlich rückläufig sind auch die Auszahlungen für die Exportförderung

⁴ Mit dem SAG 2025 werden für den Stromverbrauch der Jahre 2025 und 2026 jeweils 75 Mio. EUR bereitgestellt. In der Maastricht-Rechnung wird die Förderung des Stromverbrauchs im Jahr 2025 periodengerecht auch als Staatsausgabe im Jahr 2025 verbucht werden. Die Auszahlung aus dem Bundeshaushalt wird im Jahr 2026 erfolgen.



(-132 Mio. EUR), denen im BVA 2025 eigentlich ein budgetierter Anstieg gegenübersteht. Beim Stromkostenzuschuss wurde bis Oktober 2025 zwar deutlich weniger ausgezahlt als im Vorjahr, insgesamt wurde der Voranschlag mit Auszahlungen iHv 327 Mio. EUR aber bereits überschritten (BVA 2025: 200 Mio. EUR). Eine diesbezügliche Ermächtigung iHv 150 Mio. EUR im Bundesfinanzgesetz (BFG) 2025 wurde bereits in Anspruch genommen.

In der **UG 43-Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft** waren die Auszahlungen zwischen Jänner und Oktober 2025 um 2.164 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr. Verantwortlich dafür sind die Abschaffung des Klimabonus (-1.811 Mio. EUR) und die rückläufigen Auszahlungen für Energiekrisenmaßnahmen (-866 Mio. EUR). In beiden Bereichen ist der Rückgang bereits im BVA 2025 berücksichtigt, weshalb von einer Erreichung des Voranschlags auszugehen ist. Zu einer Voranschlagsüberschreitung wird es im Bereich der Grünen Transformation kommen. Hierfür wurden bis Ende Oktober 2025 1.804 Mio. EUR ausgezahlt, im BVA 2025 sind für das Gesamtjahr 1.812 Mio. EUR veranschlagt. Zu Mehrauszahlungen kam es dabei vor allem bei der thermisch-energetischen Sanierung (+554 Mio. EUR), wo aufgrund von Förderzusagen aus dem Vorjahr ein Mehrbedarf entsteht.

In den **weiteren Untergliederungen** zeichnen sich tendenziell niedriger als budgetierte Auszahlungen ab. Bis Oktober waren ihre Auszahlungen um 145 Mio. EUR bzw. 1,6 % höher, während für das Gesamtjahr ein Anstieg um 3,6 % (+408 Mio. EUR) budgetiert ist.

3.2 Entwicklung der Einzahlungen im Finanzierungshaushalt

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen der Einzahlungen von Jänner bis Oktober und die für das Gesamtjahr budgetierten Veränderungen auf Untergliederungsebene:

**Tabelle 3: Einzahlungen Jänner bis Oktober 2025 auf Untergliederungsebene**

in Mio. EUR	Jän-Okt 2025	Vergleich Jän-Okt 2025 mit Jän-Okt 2024		BVA 2025	Vergleich BVA 2025 mit Erfolg 2024	
Einzahlungen gesamt	84.187	+2.867	+3,5%	105.101	+3.533	+3,5%
UG 16-Öffentliche Abgaben	58.292	+1.746	+3,1%	71.762	+1.746	+2,5%
UG 20-Arbeit	8.112	+232	+2,9%	9.865	+61	+0,6%
UG 25-Familie und Jugend	7.155	+228	+3,3%	8.958	+54	+0,6%
UG 40-Wirtschaft	1.313	+1.247	-	1.287	+1.214	-
UG 41-Mobilität	345	-178	-34,0%	1.168	+137	+13,3%
UG 43-Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft	228	-9	-4,0%	405	+89	+28,0%
UG 45-Bundesvermögen	551	-1.584	-74,2%	509	-1.919	-79,0%
UG 51-Kassenverwaltung	3.013	+1.168	+63,3%	4.094	+2.153	+111,0%
weitere Untergliederungen	5.177	+18	+0,3%	7.053	-2	-0,0%

Budgetvisualisierung: [Budgetvollzug Einzahlungen nach Untergliederungen](#).

Quellen: Monatsbericht Oktober 2025, [budget.gv.at](#), eigene Berechnungen.

Die **Einzahlungen** waren von Jänner bis Oktober 2025 um 2,9 Mrd. EUR bzw. 3,5 % höher als im Vorjahreszeitraum. Durch die schlechtere Abgabentwicklung im Oktober hat sich das Einzahlungswachstum verlangsamt, in den letzten beiden Monaten werden aber vergleichsweise höhere Einzahlungen erwartet. Somit werden im Gesamtjahr die Einzahlungen höher ausfallen als budgetiert, wobei die Voranschlagsüberschreitung vor allem aus höheren Nettoabgaben resultieren wird. Die Entwicklung der UG 16-Öffentliche Abgaben wird in Pkt. 3.2.1 beschrieben.

In der **UG 20-Arbeit** waren die Einzahlungen bis Oktober 2025 um 232 Mio. EUR bzw. 2,9 % höher als im Vorjahr. Dies resultierte aus den höheren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung (+363 Mio. EUR). Gegenläufig waren die Einzahlungen aus Auflösungen der Arbeitsmarktrücklage beim AMS im laufenden Jahr um 150 Mio. EUR niedriger und auch in den letzten beiden Monaten werden diesbezüglich weitere Mindereinzahlungen erwartet.⁵ Wegen der höher als budgetierten Beitrags-einzahlungen werden die Einzahlungen in der UG 20 dennoch höher als budgetiert sein.

In der **UG 25-Familie und Jugend** resultieren Mehreinzahlungen im Vorjahresvergleich vor allem aus den Dienstgeberbeiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), welche bis Oktober um 201 Mio. EUR bzw. 3,6 % höher waren. Bis Oktober war der Einzahlungsanstieg in der UG 25 mit 3,3 % zwar deutlich höher als die für das Gesamtjahr budgetierten 0,6 %. Dies liegt aber vor allem an der erwarteten Verrechnung des FLAF-Überschusses zum Jahresende. Der für das Jahr 2025

⁵ Im Jahr 2024 betrugen die Einzahlungen aus der Auflösung der Arbeitsmarktrücklage zur Bedeckung von aktiver Arbeitsmarktpolitik 382 Mio. EUR, im laufenden Jahr sind nur 105 Mio. EUR budgetiert.



niedriger erwartete Überschuss führt saldenneutral zu im Vorjahresvergleich niedrigeren Ein- und Auszahlungen in der UG 25.⁶

Einzahlungsveränderungen in der **UG 40-Wirtschaft** und der **UG 45-Bundesvermögen** werden maßgeblich durch die Dividendenzahlungen von der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) und der Verbund AG beeinflusst, welche ab dem Jahr 2025 in der UG 40 vereinnahmt werden. Daraus resultieren Mindereinzahlungen iHv 1.665 Mio. EUR in der UG 45 und Mehreinzahlungen iHv 1.263 Mio. EUR in der UG 40. Im BVA 2025 sind diese in der tatsächlichen Höhe budgetiert, sodass daraus keine Voranschlagsabweichungen resultieren. In der UG 45 werden allerdings weitere höhere Einzahlungen erwartet. Griechenland plant im Dezember einen weiteren Teil des bilateralen Darlehens vorzeitig zu tilgen, woraus nicht budgetierte Einzahlungen iHv 156 Mio. EUR in der UG 45 resultieren werden.⁷

In der **UG 41-Mobilität** waren die Einzahlungen bis Oktober um 178 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr, im BVA 2025 ist aber ein Anstieg um 137 Mio. EUR budgetiert. Dabei ist zu beachten, dass der Großteil der Einzahlungen noch in den letzten beiden Monaten erfolgen soll und diese planmäßig höher als im Vorjahr sind. Dazu zählen die um 50 Mio. EUR höhere Dividende der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) und die einmalige Dividende iHv 80 Mio. EUR der ÖBB-Personenverkehr AG. Die Einzahlungen aus der Anlastung externer Kosten bei der Lkw-Maut sollen wegen des höheren Zuschlags für CO₂-Emissionen auf 255 Mio. EUR steigen. Diesbezüglich erfolgten bis Oktober noch keine Einzahlungen, während bis Oktober 2024 bereits 153 Mio. EUR von der ASFINAG überwiesen wurden. Die Einzahlungen aus Verkaufserlösen des österreichweiten Klimatickets waren bis Oktober 2025 zwar um 13 Mio. EUR niedriger als im Vorjahreszeitraum, was allerdings aus einem fehlenden Zahlungseingang im Oktober resultierte (Oktober 2024: 30 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der erwarteten Einzahlungen aus Dividenden und externen Kosten bis zum Jahresende können die budgetierten Einzahlungen in der UG 41 erreicht werden.

⁶ Diese bundesinterne Überweisung betrug 252 Mio. EUR im Jahr 2024. Im laufenden Jahr ist ein Überschuss iHv 64 Mio. EUR budgetiert.

⁷ Für das Maastricht-Defizit ist die Rückzahlung des Darlehens nicht relevant.



In der **UG 51-Kassenverwaltung** waren die Einzahlungen bis Oktober um 1.168 Mio. EUR höher als im Vorjahreszeitraum. Dies lag an den Einzahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF; +1.623 Mio. EUR), welche unter Berücksichtigung der von der Europäischen Kommission (EK) im November 2025 überwiesenen weiteren 515 Mio. EUR den Voranschlagswert 2025 erreichen werden. Die weiteren Transfers von der EU waren bis Oktober um 258 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr, während für das Gesamtjahr ein Anstieg um 256 Mio. EUR budgetiert ist. Dementsprechend geht das BMF von einer Voranschlagsunterschreitung iHv 400 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR aus, die jedoch zu keiner Verschlechterung des Maastricht-Saldos führt.

Die Einzahlungen in der **UG 43-Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft** bestehen hauptsächlich aus Versteigerungserlösen im EU-Emissionshandel. Bis Oktober waren sie um 9 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr, während für das Gesamtjahr ein Anstieg um 89 Mio. EUR budgetiert ist, weil bei der Budgetierung mit einer zu hohen Anzahl von versteigerten Zertifikaten gerechnet wurde.⁸ Dementsprechend wird es im Gesamtjahr zu einer Voranschlagsunterschreitung iHv etwa 100 Mio. EUR kommen.

Die Einzahlungen in den **weiteren Untergliederungen** sind im BVA 2025 etwa gleich hoch wie im Erfolg 2024 budgetiert (-2 Mio. EUR). Im Budgetvollzug bis Oktober gab es dabei im Vorjahresvergleich geringfügig höhere Einzahlungen (+18 Mio. EUR).

⁸ Die versteigerte Anzahl wird durch Zuführungen zur Marktstabilitätsreserve reduziert, welche von der Anzahl in Umlauf befindlicher Zertifikate abhängt. Die entsprechende Zuführung ab September 2025 wurde von der EK nach Vorlage des BVA 2025 am 28. Mai 2025 veröffentlicht.



3.2.1 Abgabentwicklung

Abgabentwicklung im Oktober 2025

Die Abgaben entwickelten sich im **Monat Oktober** schwach. Das Aufkommen aus den Bruttoabgaben belief sich im Oktober 2025 auf 11,0 Mrd. EUR und war damit um 223 Mio. EUR geringer als im Oktober 2024.

- ◆ Der Rückgang im Monat Oktober 2025 resultierte vor allem aus einem Rückgang bei der **Körperschaftsteuer** (-508 Mio. EUR) aufgrund rückläufiger Zahlungen der Unternehmen zur Vermeidung von Nachforderungszinsen.⁹ Dies ist eine Folge der schwachen konjunkturellen Entwicklung, die sich dämpfend auf die Unternehmensgewinne auswirkt.
- ◆ Der Rückgang bei der **Umsatzsteuer** im Oktober 2025 (-115 Mio. EUR) dürfte neben den üblichen Schwankungen, etwa aufgrund unterschiedlicher Zeitpunkte bei der Geltendmachung größerer Vorsteuergutschriften, auch auf einen leicht geänderten Abfuhrhythmus zurückzuführen sein. Laut BMF führt die vermehrte Nutzung des One-Stop-Shop-Verfahrens¹⁰ dazu, dass nunmehr ein höherer Anteil des Aufkommens quartalsweise abgeführt wird, was zu einer Änderung der unterjährigen Einzahlungsverläufe führt.
- ◆ Rückläufig war im Monat Oktober 2025 auch das Aufkommen aus der **Mineralölsteuer** (-132 Mio. EUR). Dies wurde größtenteils durch einen Kassenüberlauf in den Oktober 2024 verursacht, woraus ein höherer Vorjahresvergleichswert resultierte.
- ◆ Zu **Mehreinzahlungen** im Oktober 2025 im Vergleich zum Oktober 2024 kam es vor allem bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge (+134 Mio. EUR), der Veranlagten Einkommensteuer (+97 Mio. EUR) und der Lohnsteuer (+80 Mio. EUR).

⁹ Ergibt sich aus einem Einkommen- oder Körperschaftsteuerbescheid eine Nachforderung, so sind für solche Nachforderungen Anspruchszinsen (Nachforderungszinsen) iHv 2 % über dem Basiszinssatz zu entrichten. Der Zinsenlauf beginnt am 1. Oktober des Folgejahres und endet mit Erteilung des Bescheides, der eine Nachforderung ausweist. Es besteht allerdings die Möglichkeit, durch Entrichtung von Anzahlungen Nachforderungszinsen zu vermeiden, wenn solche Anzahlungen bis 1. Oktober des Folgejahres in Höhe der Nachforderung geleistet werden.

¹⁰ Der One-Stop-Shop ist ein elektronisches Portal, über das Unternehmen die in der EU anfallende Umsatzsteuer für bestimmte Umsätze seit 1. Juli 2021 erklären und bezahlen können. Für weitere Details wird auf die diesbezüglichen Erläuterungen im [Unternehmensservice Portal](#) verwiesen.



Gleichzeitig waren die als negative Einzahlungen verbuchten **Ab-Überweisungen** im Oktober 2025 um 341 Mio. EUR höher als im Oktober 2024. Der Anstieg betraf vor allem die Ertragsanteile der Länder (+205 Mio. EUR) und der Gemeinden (+143 Mio. EUR), da sie sich auf das gute Aufkommen der Bruttoabgaben im August 2025 beziehen. Aus diesen Entwicklungen ergab sich im Oktober 2025 ein um 564 Mio. EUR bzw. 8,1 % geringeres Aufkommen aus Nettoabgaben.

Abgabenentwicklung Jänner bis Oktober 2025

Bei einer **kumulierten Betrachtung der Monate Jänner bis Oktober 2025** zeigte sich im Vorjahresvergleich eine deutlich bessere Entwicklung. Das Aufkommen aus den **Bruttoabgaben** war in diesem Zeitraum mit 95,4 Mrd. EUR um 3,7 Mrd. EUR bzw. 4,0 % höher als im Vorjahreszeitraum. Der BVA 2025, der für das Gesamtjahr einen Anstieg um 2,7 % vorsieht, wird deutlich überschritten werden. Die Einzahlungen aus **Nettoabgaben** waren im Zeitraum Jänner bis Oktober 2025 mit 58,3 Mrd. EUR um 1,7 Mrd. EUR bzw. 3,1 % höher als im Vorjahreszeitraum. Der BVA 2025, der einen Anstieg um 2,5 % vorsieht, wird auch bei den Nettoabgaben überschritten werden.

In der nachstehenden Tabelle werden die Abgabenentwicklung von Jänner bis Oktober 2025 im Vorjahresvergleich sowie die Jahreswerte gemäß BVA 2025 im Vergleich zum Erfolg 2024 im Überblick dargestellt:



Tabelle 4: UG 16-Öffentliche Abgaben

in Mio. EUR	Jän-Okt 2025	Vergleich Jän-Okt 2025 mit Jän-Okt 2024		BVA 2025	Vergleich BVA 2025 mit Erfolg 2024	
Öffentliche Abgaben - Brutto	95.387	+3.679	+4,0%	117.398	+3.129	+2,7%
Guthaben der Steuerpflichtigen	443	-44	-9,1%	0	-207	-100,0%
Öffentliche Abgaben - Brutto ohne Guthaben der Steuerpflichtigen	94.944	+3.723	+4,1%	117.398	+3.336	+2,9%
Einkommen- und Vermögensteuern	47.868	+1.170	+2,5%	60.127	+118	+0,2%
Veranlagte Einkommensteuer	2.958	-48	-1,6%	4.500	-505	-10,1%
Lohnsteuer	30.563	+1.357	+4,6%	37.200	+986	+2,7%
Kapitalertragsteuern	4.865	+1.026	+26,7%	5.500	-135	-2,4%
Kapitalertragsteuer auf Dividenden	3.022	+187	+6,6%	-	-	-
Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge	1.843	+839	+83,5%	-	-	-
Körperschaftsteuer	9.127	-1.084	-10,6%	12.100	-558	-4,4%
Energiekrisenbeitrag	35	-211	-85,8%	250	-22	-8,1%
Stabilitätsabgabe	182	+42	+30,2%	205	+54	+35,8%
Stabilitätsabgabe - Sonderzahlung gem. BSMG 2025	57	+57	-	300	+300	-
Weitere Einkommen- und Vermögensteuern	80	+31	+63,1%	72	-1	-1,9%
Verbrauch- und Verkehrsteuern (inkl. CO₂-Bepreisung)	46.373	+2.464	+5,6%	56.395	+3.075	+5,8%
Umsatzsteuer	32.908	+1.130	+3,6%	40.100	+1.472	+3,8%
Tabaksteuer	1.817	+41	+2,3%	2.200	+74	+3,5%
Mineralölsteuer	3.074	-98	-3,1%	3.700	-104	-2,7%
Non-ETS-Emissionen	1.418	+264	+22,9%	1.448	+271	+23,1%
Energieabgaben	756	+737	-	1.000	+967	-
Normverbrauchsabgabe	445	-14	-3,1%	530	-11	-2,0%
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.235	+68	+3,2%	2.875	+98	+3,5%
Grunderwerbsteuer	1.060	+158	+17,6%	1.300	+184	+16,5%
Weitere Verbrauch- und Verkehrsteuern	2.660	+176	+7,1%	3.242	+123	+4,0%
Gebühren, Bundesverwaltungsabgaben u. sonst. Abgaben	703	+90	+14,6%	876	+143	+19,5%
Ab-Überweisungen	-37.095	-1.933	+5,5%	-45.636	-1.383	+3,1%
Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-30.178	-1.184	+4,1%	-37.174	-894	+2,5%
Ertragsanteile an Gemeinden	-11.240	-307	+2,8%	-13.616	-197	+1,5%
Ertragsanteile an Länder	-17.566	-764	+4,5%	-21.132	-542	+2,6%
Weitere Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-1.372	-113	+9,0%	-2.426	-155	+6,8%
Sonstige Ab-Überweisungen I	-4.223	-185	+4,6%	-5.186	-231	+4,7%
EU Ab-Überweisungen II	-2.679	-548	+25,7%	-3.200	-263	+9,0%
nEHS Ab-Überweisungen III, Entlastung CO₂-Bepreisung	-15	-15	-	-76	+5	-5,9%
Öffentliche Abgaben - Netto	58.292	+1.746	+3,1%	71.762	+1.746	+2,5%

Abkürzungen: BSMG 2025 ... Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025, gem. ... gemäß, Jän ... Jänner, nEHS ... nationaler Emissionshandel, Non-ETS-Emissionen ... nicht vom europäischen Emissionshandel umfasste Emissionen, Okt ... Oktober, u. sonst. ... und sonstige.

Budgetvisualisierung: [Budgetvollzug Öffentliche Abgaben](#).

Quellen: Monatsbericht Oktober 2025, [budget.gv.at](#), eigene Berechnungen.

Die Einzahlungen aus **Einkommen- und Vermögensteuern** waren mit 47,9 Mrd. EUR um 1,2 Mrd. EUR bzw. 2,5 % höher als im Vorjahr. Im BVA 2025 wurde ein Anstieg von nur 0,2 % veranschlagt.

- ♦ Zu den **Mehreinzahlungen** trugen vor allem die Lohnsteuer (+1.357 Mio. EUR) und die Kapitalertragsteuern (+1.026 Mio. EUR) bei. Bei letzteren kam es insbesondere bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge zu



Mehreinzahlungen (+839 Mio. EUR), wobei vor allem das Aufkommen aus der Wertpapierzuwachssteuer dazu beigetragen haben dürfte. Zu Mehreinzahlungen kam es auch bei der Stabilitätsabgabe (+42 Mio. EUR). Aus der iHv 300 Mio. EUR veranschlagten Sonderzahlung zur Stabilitätsabgabe, die bis 31. Oktober 2025 zu entrichten war, sind im Oktober 57 Mio. EUR eingegangen. Der überwiegende Teil dürfte im November als Einzahlung verbucht werden. Bei den weiteren Einkommen- und Vermögensteuern sorgte vor allem die Stiftungseinkommenssteuer (+36 Mio. EUR) für Mehreinzahlungen, hierfür könnten Vorzieheffekte im Zusammenhang mit den beschlossenen Steuererhöhungen eine Rolle gespielt haben.

- ♦ Gedämpft wird das Einzahlungswachstum vor allem durch **Mindereinzahlungen** bei der Körperschaftsteuer (-1.084 Mio. EUR). Der Rückgang ist auf gesunkene Ergebnisse für frühere Veranlagungsjahre und niedrigere Zahlungen zur Vermeidung von Nachforderungszinsen zurückzuführen, die durch nur mäßig steigende laufende Vorauszahlungen nicht kompensiert werden konnten. Bei der Veranlagten Einkommensteuer (-48 Mio. EUR) konnten höhere laufende Vorauszahlungen und Mehreinzahlungen bei der Immobilienertragsteuer niedrigere Einzahlungen für vorangegangene Veranlagungsjahre und höhere Auszahlungen im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung nicht ausgleichen. Auch die Einzahlungen aus dem Energiekrisenbeitrag (-211 Mio. EUR) waren niedriger als im Vorjahr. Im Dezember 2025 wird es noch zu einer Vorauszahlung beim Energiekrisenbeitrag-Strom für den Zeitraum April 2025 bis März 2026 kommen, sodass sich der Abstand zum Vorjahresergebnis noch verringern wird.

Bei den **Verbrauch- und Verkehrsteuern** wurden inklusive CO₂-Bepreisung bis Ende Oktober 2025 Einzahlungen iHv 46,4 Mrd. EUR vereinnahmt. Im Vorjahresvergleich entspricht dies einem Anstieg um 2,5 Mrd. EUR bzw. 5,6 %. Im BVA 2025 wurde ein Zuwachs um 5,8 % budgetiert. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer war um 1,1 Mrd. EUR bzw. 3,6 % höher als im Vorjahreszeitraum. Das schwache Oktoberaufkommen (siehe oben) wirkte zwar dämpfend auf die Entwicklung, aufgrund der unterjährig gestiegenen Inflationsrate ist für die Folgemonate mit einer erneuten Dynamik zu rechnen. Aufgrund des Auslaufens der reduzierten Abgabensätze kam es auch bei der Energieabgabe zu deutlichen Mehreinzahlungen (+737 Mio. EUR). Die Einzahlungen aus der nationalen CO₂-Bepreisung waren aufgrund des gestiegenen Preises höher als im Vorjahr (+264 Mio. EUR). Eine Erholung ist beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer zu verzeichnen (+158 Mio. EUR), welche überwiegend den



Gemeinden zukommt. Vor dem Hintergrund der umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen kam es auch bei der motorbezogenen Versicherungssteuer (+68 Mio. EUR) und der Tabaksteuer (+41 Mio. EUR) zu Mehreinzahlungen. Die Einzahlungen aus der Mineralölsteuer sind im Vorjahresvergleich um 98 Mio. EUR gesunken.

Die **Ab-Überweisungen** beliefen sich bis Ende Oktober 2025 auf 37,1 Mrd. EUR und waren damit um 1,9 Mrd. EUR bzw. 5,5 % höher als im Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr wurde ein Anstieg um 3,1 % budgetiert. Auch die Ab-Überweisungen werden vor allem aufgrund der Überschreitung bei den Bruttoabgaben höher ausfallen als veranschlagt. Die einzelnen Positionen zeigten dabei folgende Entwicklungen:

- ♦ Die **Ertragsanteile der Länder** waren per Ende Oktober um 764 Mio. EUR bzw. 4,5 % höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf die Entwicklung der zugrundeliegenden Abgaben zurückzuführen.
- ♦ Die **Ertragsanteile der Gemeinden** waren um 307 Mio. EUR bzw. 2,8 % höher als im Vorjahr. Dieser vergleichsweise geringe Anstieg ist auf einen Sondereffekt im Vorjahr zurückzuführen. Die Gemeinden erhielten im Jahr 2024 einen Vorschuss iHv 300 Mio. EUR auf ihre Ertragsanteile, welcher in den Jahren 2025 bis 2027 über eine jährliche Kürzung der Ertragsanteile um 100 Mio. EUR zurückgeführt wird. Die zusätzliche Finanzzuweisung iHv 300 Mio. EUR, die die Gemeinden im Jänner 2025 erhielten, ist nicht in den Ertragsanteilen enthalten.
- ♦ Die Sonstigen Ab-Überweisungen I waren zwischen Jänner und Oktober 2025 um 185 Mio. EUR bzw. 4,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Anstieg ist dabei vor allem auf die höheren **Überweisungen** nach dem **Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz (GSBG)** zurückzuführen. Per Ende Oktober 2025 waren diese um 163 Mio. EUR bzw. 5,9 % höher als im Vorjahr. Diese Überweisungen sind an die Umsätze im Gesundheitsbereich geknüpft und spiegeln den unter anderem demografiebedingten Anstieg der Gesundheitsausgaben wider.
- ♦ Die Ab-Überweisungen für den **EU-Beitrag** waren per Ende Oktober 2025 um 548 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Aufgrund einer fehlenden Buchung im September 2024, welche später korrigiert wurde, ist der Vergleichswert aus dem Vorjahr besonders niedrig. Unter Berücksichtigung der fehlenden Buchung beträgt der Anstieg 305 Mio. EUR bzw. 12,9 %.



Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AMS	Arbeitsmarktservice
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
BFG	Bundesfinanzgesetz(e)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BVA	Bundesvoranschlag (Bundesvoranschläge)
DB	Detailbudget(s)
EAG	Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
EUR	Euro
exkl.	exklusive
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
IHS	Institut für Höhere Studien
iHv	in Höhe von
LWA-G	Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
Pkt.	Punkt(e)
RRF	Aufbau- und Resilienzfazilität
UG	Untergliederung(en)
v. a.	vor allem
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung



Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabellen

Tabelle 1:	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	7
Tabelle 2:	Auszahlungen Jänner bis Oktober 2025 auf Untergliederungsebene	13
Tabelle 3:	Einzahlungen Jänner bis Oktober 2025 auf Untergliederungsebene	20
Tabelle 4:	UG 16-Öffentliche Abgaben.....	25

Grafiken

Grafik 1:	Reale Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen seit 2019.....	6
Grafik 2:	Inflationsrate (VPI) und Beiträge nach Einzelkomponenten.....	9
Grafik 3:	Arbeitsmarktlage im Oktober 2025	11